

Panorama Politik Kultur Lifestyle Digital Wirtschaft Sport Gesundheit Genuss

stern Plus > Bundeszentralamt für Steuern setzt Whistleblower vor die Tür

**EXKLUSIV** STEUERHINTERZIEHUNG

## Bundesamt setzt störrischen Beamten, der Korruption anprangert, als psychisch gestört vor die Tür



© nirat / Getty Images



von **Hans-Martin Tillack**

13.11.2020, 13:01 Uhr

**Ein langjähriger Betriebsprüfer erhob in Briefen an das Finanzministerium detaillierte Vorwürfe über mögliche Steuerhinterziehung und Korruption. Anschließend wurde er vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Angeblich sei er psychisch gestört.**

Ein diesiger Oktobertag in Corona-Zeiten? Für Roland Zühlke kein Grund, nicht das Fallobst unter dem Apfelbaum vor dem Haus einzusammeln. Er ist keiner, der was verkommen lässt.

Genauso hat er es bei seiner Arbeit gemacht. Er dachte, das sei normal. Bis seine Vorgesetzten ihm bescheinigten, er sei nicht normal.

Glaubt man dem Amtsarzt, dann hat Roland Zühlke, heute 62 Jahre alt, eine schwere psychische Störung. Sicher ist: Sein Dienstherr sah ihn als Störenfried.

Sein Dienstherr, das war das Bundeszentralamt für Steuern. Jahrelang trieb Zühlke dort als Prüfer im Auftrag des Staates Steuern ein. Die Bonner Behörde untersteht dem Bundesfinanzminister und ist so etwas wie das oberste Finanzamt der Bundesrepublik. Wenn die Finanzverwaltungen der Länder große Firmen überprüfen, sind oft auch Bundesprüfer der Bonner Behörde dabei.

Sie waren zum Beispiel bis zum Juni 2020 drei Jahre lang bei einer Überprüfung des Skandalunternehmens Wirecard aktiv mit dabei. Die Betrügereien, die dort anscheinend System hatten, fielen den Prüfern des Bundeszentralamtes aber offenbar nicht auf.

## Prüfer im Bundeszentralamt

In früheren Jahren war Zühlke als Oberregierungsrat einer dieser Prüfer, die das Bundeszentralamt deutschlandweit einsetzt. Ihm fiel immer wieder etwas auf. Das, so glaubt er, war sein Problem. Beim Eintreiben von Steuern habe er einfach zu viel Eifer gezeigt – bis ihn seine Vorgesetzten für illoyal erklärten und dann für psychisch gestört.



EXKLUSIV

**OLAF SCHOLZ UND WIRECARD**

**Bundesamt war bis Juni 2020 bei Wirecard-Prüfung beteiligt – die Prüfer beanstandeten nichts**

---

Der Fall ist ein Lehrbeispiel, wie wenig oft Eigeninitiative und Widerspruch in Behörden gefragt sind. Er erinnert an die Geschichte der vier unbequemen Frankfurter Steuerfahnder, die ebenfalls für verrückt erklärt wurden, bis der Skandal vor gut zehn Jahren aufflog und sie rehabilitiert wurden. Nur dass es im Fall des Roland Zühlke nicht um Landespolitik geht, sondern um eine Bundesbehörde – eine Behörde, die bis Ende 2017 unter der Oberhoheit des Finanzminister Wolfgang Schäuble stand, des CDU-Politikers und heutigen Bundestagspräsidenten.

Der Präsident dieses Bundeszentralamtes schickte Zühlkes im November 2017 vorzeitig in den Ruhestand. Denn, wie gesagt: Zühlke leide an einer "schweren psychischen Störung". Auch das Bundesfinanzministerium habe dieser Entscheidung zugestimmt, schrieb der Präsident an Zühlkes Heimatanschrift in einem kleinen Ort bei Donauwörth in Bayern. Der Präsident vergaß nicht den künftigen Ruheständler daran zu erinnern, "die weiter bestehende Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses" zu respektieren.

Zühlke hat einiges zu erzählen, das steht fest. Der Vater von vier Kindern - groß, kräftig, bärtig - ist eigentlich keiner, der sich herumschubsen lässt.

## **Der Beamte beklagte Mobbing**

Fest steht auch: Er wollte sich nicht abserviert werden. Er beklagte regelrechtes "Mobbing" – auch in einem Schreiben, das er im November 2015 an den damaligen Finanzminister Schäuble schickte. "Im Gottvertrauen, das es auch dieses Mal gut für mich ausgeht", so wende er sich an ihn, schrieb der Prüfer an den Minister. Er übermittelte insgesamt drei Briefe, einer allein mit 19 Seiten und 42 Anlagen.





EXKLUSIV

**OLAF SCHOLZ UND WIRECARD****Scholz' Steuerprüfer waren bis Juni 2020 bei Wirecard – aber es fiel ihnen nichts auf**

Das Ministerium – inzwischen geführt von Olaf Scholz (SPD) - tut heute so, als sei das alles haltlos und als habe es selbst die Schreiben womöglich gar nicht gegeben: „Die Behauptungen sind nicht nachvollziehbar“, schrieb die Behörde auf die Frage nach den Briefen an Schäuble und wie man den Vorwürfen nachgegangen sei. Sicher ist, dass das Ministerium noch mit einer Mail vom 7. Januar 2016 Zühlke den Eingang seiner Schreiben vom Oktober und November 2015 bestätigt und eine "Prüfung des Vorgangs" zugesagt hatte. Auch der SPD-Abgeordnete und Finanzexperte Lothar Binding, mit dem Zühlke damals in Kontakt war, erinnert sich an den Vorgang. Aber was war das Ergebnis der Überprüfung? Unbekannt.

Für Schäuble hatte Zühlke seine Leistungen aufgezählt: Diplom-Finanzwirt, fast 25 Dienstjahre als Bundesbetriebsprüfer absolviert. Dax-Konzerne und Großbanken in die Mangel genommen. Vier Jahre Überstunden angehäuft. Immer wieder Fachartikel verfasst und Vorträge gehalten. Es kam vor, dass sich der Bundesfinanzhof in einem Urteil auf eine Zühlke-Veröffentlichung berief. Kein Kollege, glaubt er, habe "mehr Mehrsteuern generiert".

Trotzdem bekam er am Ende schlechte Beurteilungen von den Vorgesetzten. Dass er bei seinen Prüfungen "wie ein Steuerfahnder" auftrete, habe man ihm vorgeworfen und ihm mangelnde Loyalität bescheinigt. Weil er Missstände angeprangert habe, werde er bestraft.

Dass es die Hinweise auf von Zühlke beklagte Missstände gab, lässt sich durch Unterlagen belegen, teils auch durch Papiere, die der *stern* ganz offiziell über das Informationsfreiheitsgesetz vom Finanzministerium bekommen hat.

**War ein hoher Beamter des Finanzministeriums verwickelt?**

Zühlke berichtete Schäuble auch zu einem möglichen "Hinterziehungsfall", an dem zwei Leute beteiligt gewesen seien, bei denen er nicht damit gerechnet hätte: Ein hoher Richter eines Bundesgerichts und ein hoher Beamter aus dem Bundesfinanzministerium selbst.

Zühlke war bei der Überprüfung eines Verlages darüber gestolpert, bei dem externe Gastautoren finanzwissenschaftliche Aufsätze veröffentlichen konnten. Der Verlag hatte ein Modell entwickelt, bei dem die Autoren ihre Honorare nicht – wie vorgeschrieben – sofort beziehen und besteuern mussten. Stattdessen konnten die Begünstigten Guthaben bei dem Verlag stehenlassen und es so womöglich der Besteuerung entziehen.

Bei den Einnahmen drehte es sich nicht um Kleinbeträge, sondern um Summen von jährlich teils 100.000 bis 250.000 Euro. Und ja, neben einem Richter gehe es auch "um einen höher besoldeten Juristen im Bundesfinanzministerium", so berichtete Zühlke es Kollegen bereits bei einer Referatsbesprechung im September 2008. Laut dem internen Protokoll stimmten ihm die Kollegen zu: Solche Aufsatzhonorare müssten sofort versteuert werden, eine Nachversteuerung sei nicht möglich.

Unerschrocken zeigte Zühlke die Begünstigten sogar bei ihren Finanzämtern an. Er fand, das sei seine Pflicht. "Über strafrechtliche Maßnahmen bitte ich in eigener Zuständigkeit zu entscheiden", schrieb er. Doch dann geschah angeblich Merkwürdiges. Die Anzeige gegen den Bundesrichter sei erst beim zuständigen Finanzamt verloren gegangen; dann habe der sich mit einer Selbstanzeige gerettet und nachgezahlt, obwohl das eigentlich zu spät war. Den Fall des hohen Ministerialbeamten, schrieb Zühlke später, habe er versucht bei seinem Vorgesetzten anzusprechen. Ohne Erfolg.

## **Rechnungshof sieht "Rückschritte bei der Betrugsbekämpfung"**

Bereits im Jahr 2007 hielt Zühlke in einem Fachaufsatz ergrimmt fest: "Die Entscheidungsträger aus Verwaltung und Politik müssten endlich zu der Einsicht gelangen, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist und gravierende Steuerhinterziehung entsprechend bestraft gehört." Bereits vor fast 20 Jahren wies er auf Betrügereien mit der Umsatzsteuer beim grenzüberschreitenden Handel in der EU hin. Die nimmt das Finanzministerium nach Ansicht von Kritikern bis heute nicht ernst genug – obwohl dabei jedes Jahr EU-weit bis zu 64 Milliarden Euro verloren gehen. In einem jüngsten Bericht beklagte der Bundesrechnungshof sogar "Rückschritte bei der Betrugsbekämpfung" –

auch zu verantworten vom Finanzministerium und dem Bundeszentralamt für Steuern, das bis heute mit Schwierigkeiten bei der IT-Entwicklung kämpfte.

Das heute von Olaf Scholz geführte Ministerium reagierte eher bräsigt und wies die Kritik des Rechnungshofs zurück. Digitale Instrumente beim Kampf gegen Umsatzsteuerbetrug besser zu nutzen, das predigte Zühlke seit Jahren. Scholz hat nun jüngst immerhin eine beim Bundeszentralamt für Steuern angesiedelte Task Force gegen Steuerbetrug geschaffen, speziell für Steuerbetrügereien wie die milliardenteuren Cum-Ex-Geschäfte. Der angeblich psychisch gestörte Betriebsprüfer Zühlke forderte eine bundesweit zuständige Spezialeinheit für den Einsatz gegen clevere Steuergestalter freilich nachweislich seit 2002 – zum Beispiel in seinen Fachaufsätzen. Nur dass keiner auf ihn hörte.

Noch im August 2015 bestätigte ihm die Behörde schriftlich, dass man eine solche Spezialeinheit nicht brauche. Bedauerlicherweise, so das Amt an Zühlkes Anwalt, sei dessen Mandant nicht bereit, "die Entscheidung des BZSt, derzeit keine Task Force einzurichten, zu akzeptieren".

Jetzt kommt die Task Force doch. Zühlke hat davon nichts.

## **Ein angeblicher Korruptionsfall**

Oder der Vorgang, den er in einem Brief an Schäuble einen "Korruptionsvorgang" nannte. Zühlke war zeitweise von seiner Behörde an das Finanzministerium ausgeliehen, als ihm dort eine aus seiner Sicht rätselhaft betrugsfreundliche Neuregelung auffiel. Es ging um eine weltweit operierende Firma, die Touristen half, bei der Heimreise aus Ländern wie Deutschland für teure Einkäufe die Mehrwertsteuer zurückzuverlangen. Im Jahr 2005 bat die Firma um die Erlaubnis, mehr von den Millionen an jährlich archivierten Papierbelegen schreddern zu dürfen und nur noch elektronisch zu speichern. Das könne „Zeit und Arbeitsaufwand für alle Beteiligten“ sparen, argumentierte die Firma.

Im Dezember 2005 entschied das Ministerium, dem Unternehmen zumindest teilweise entgegenzukommen. Bestimmte Belege könnten „nach digitaler farbgetreuer Speicherung vernichtet werden“, bestätigte ein Sachbearbeiter im Februar 2006.

Damit war Tür und Tor für Betrug geöffnet, glaubt Zühlke. Die Neuregelung, so schrieb er es auch dem Finanzminister, habe es möglicherweise erlaubt, Stempelabdrucke zu fälschen und

„im großen Stil unberechtigt Steuererstattungen geltend zu machen“.

Offenbar auch nachdem er interveniert hatte, wurde die Praxis in der Tat wieder zurückgenommen; Zühlkes Name taucht auch in Unterlagen zu dem Vorgang auf, die der *stern* offiziell über das IFG vom Ministerium erhielt. „Wie sich nunmehr herausgestellt hat, ist bei digitalisierten Ausfuhrbelegen mit Zollstempeln nicht hinreichend feststellbar, ob der Stempelabdruck durch einen Originalstempel angebracht oder aufgedruckt bzw. aufkopiert wurde“, schrieb das Ministerium nun an die Firma.

Aber wie war es überhaupt zu der zeitweilig laxeren Praxis gekommen? Glaubt man Zühlke, dann fand sich in den Akten des Ministeriums ein Hinweis: Eine begünstigte Firma habe einen Sachbearbeiter immer wieder zu Aufenthalten in teuren Hotels eingeladen – angeblich für die Teilnahme an Konferenzen. Die Firma weist den Vorwurf zurück.

Zühlke will den "für mich unvorstellbaren Vorgang" gegenüber seinem damaligen Chef angesprochen haben. Doch der habe auch den Korruptionsverdacht "nicht weiter verfolgt" – so schrieb es Zühlke an Schäuble.

Auch danach ging das Ministerium dem Korruptionsverdacht offenbar nie nach. Darauf deutet das Ergebnis einer gezielten Aktenanfrage des *stern*. Das Ministerium behauptet jetzt dennoch auch hier, die Frage nach dem Vorgang und dem möglichen Korruptionsverdacht sei "nicht nachvollziehbar".

Zühlke kehrte zurück ins Bundesamt. Aber auch dort hatten seine Kollegen irgendwann genug von den Mängelrügen des Betriebsprüfers. Sie gaben ihm schlechtere Beurteilungen, formulierten Kritik. Zühlke füge sich "nicht durchweg ins Team ein", hieß es zum Beispiel in einem Schreiben.

In einem Fachaufsatz hatte der störrische Beamte Kritik des Bundesrechnungshofs an einem Softwareprogramm des Amtes zitiert. Die Software sollte im Kampf gegen Steuerhinterziehung bei Online-Geschäften helfen, war aber offenbar weitgehend erfolglos. Zühlkes Vorgesetzte habe ihm darauf "illoyales Verhalten" bescheinigt, berichtete der so Gerügte später dem Minister Schäuble.

## **"Deutschlands unfähigste Behörde"**

Dabei ging es nur um Beanstandungen, die der Rechnungshof in der Tat bereits vorgebracht hatte. Mit Kritik an der Trägheit der eigenen Behörde stand Zühlke auch keineswegs allein. Die „Bild“-Zeitung nannte das Bonner Amt einmal „Deutschlands unfähigste Behörde“. Laut Bundesrechnungshof hatte es auch bei der Eintreibung der Versicherungssteuer versagt. Der frühere Grünen-Abgeordnete und Finanzexperte Gerhard Schick zeigte das Bundeszentralamt im Juli 2020 sogar bei der Staatsanwaltschaft an. Grund: Die Behörde habe Informationen über mögliche Beteiligte an sogenannten Cum-Ex-Schwindeleien nicht an die Ermittler weitergeleitet.

Informationen sollen also den Strafverfolgern vorenthalten worden sein – so lautete Schicks Vorwurf. Das Amt selbst hielt Zühlke noch im August 2015 genau das Gegenteil vor: Dass er "gezielt strafrechtlich relevante Vorgänge ermittelt" habe, "deren Ermittlung nicht in die Kompetenz des Bundes fällt".

Also bloß nicht mehr tun, als das, wofür man absolut zuständig ist. Umso auffälliger der Eifer, den man im Umgang mit Kritiker Zühlke zeigte. Er wurde krank. Das Bundeszentralamt schickte ihn zum örtlichen Amtsarzt. Der Mediziner habe dann nicht nur eine "sich schubweise verstärkenden Erkrankung des Bewegungsapparates im Bereich des Beckengürtels" festgestellt, sondern auch - im November 2015 - von "einer schweren psychischen Störung" gesprochen, hielt das Bundesamt am 29. Januar 2016 fest. Darum brauche Zühlke, wie vom Amtsarzt angeraten, "dringend eine mehrmonatige ambulante Psychotherapie".

Dabei hatte der Prüfer bereits seit Dezember 2015 fünf psychotherapeutische Sitzungen besucht. Die Fachärztin entließ ihn per Attest vom 26. Januar 2016 als geheilt. "Der Patient ist wach und zu allen Qualitäten orientiert", schrieb sie. Er habe nun mal "an seinem Arbeitsplatz als Steuerprüfer eine aus seiner Sicht unangemessen negative Beurteilung erhalten, wobei er in nachvollziehbarer Weise sein langjähriges bisheriges berufliches Engagement, seine Verdienste und Kompetenzen in erheblichem Maße abgewertet und missverstanden sah". Mehr Therapie sei unnötig.

Nicht aus Sicht des Amtes. Die Behörde verlangte trotzdem ein psychiatrisches Zusatzgutachten.

Zühlke weigerte sich. Er wollte nicht zum Psychiater. Worauf ihn seine Behörde für dienstunfähig erklärte - auch wegen seines Hüftleidens. Zühlke bot Telearbeit an. Aber da war ja seine angebliche psychische Erkrankung. Und - leider, leider - das Amt fand keine "anderweitige und wohnortnahe Verwendungsmöglichkeit", weder im Steueramt noch "im weiteren Bereich der Bundesverwaltung insgesamt".

Wie konnte es dazu kommen? Auf Fragen verweist Zühlkes ehemaliger Arbeitgeber heute auf den Datenschutz und das Steuergeheimnis. Zu seinen Vorwürfen sagt das Amt so viel: "Grundsätzlich" würden Informationen über möglicherweise nicht erklärte Einnahmen "an die dafür zuständigen Finanzämter weitergegeben". Und auch "mit den Strafverfolgungsbehörden" arbeite man "eng zusammen".

## "Das Finanzministerium muss aufklären"

Aus der Opposition kommen dennoch Forderungen nach Aufklärung. "Wenn diese Vorwürfe triftig sind, wirft das ernste Fragen auf", sagt die Grünen-Finanzexpertin Lisa Paus: "Das Finanzministerium muss aufklären, ob diese Vorwürfe zutreffen."



EXKLUSIV

**SKANDALE**

## Gepprüft, aber nichts gemerkt: Wirecard und der Besuch vom Bundeszentralamt für Steuern

---

Inzwischen im Ruhestand ist Zühlke immer noch überzeugt, dass die deutsche Steuerverwaltung dringend der Reform bedarf. Statt des Nebeneinanders von 16 Landesfinanzverwaltungen brauche es eigentlich eine Bundesfinanzverwaltung, glaubt er. Weil das nicht realistisch sei, müsse das Bundeszentralamt zumindest eine schlagkräftige Einsatztruppe schaffen – also eine Task Force, wie sie im März 2020 inzwischen auch der heutige Minister Scholz eingeführt hat.

Auch im unfreiwilligen Ruhestand tourt Zühlke weiter durch das Land, hält Vorträge, versucht Abgeordnete der SPD oder Grünen für Reformen zu interessieren. Auf einer eigenen Webseite hat er seine Fachaufsätze veröffentlicht, bittet um Spenden für seinen Kampf "gegen die Untätigkeit der Bundesregierung", bereitet ein Buch vor. Und er will für die konservative Kleinpartei LKR jetzt auch für den Bundestag antreten, ein aussichtsloses Unterfangen.

Zwischendurch ist noch Zeit für das Fallobst. Für getrocknete Apfelschnitze sind die Früchte allemal gut genug.

**#THEMEN** [Korruption](#) • [Whistleblower](#) • [Steuerhinterziehung](#) • [Wolfgang Schäuble](#) • [Olaf Scholz](#) • [Bundesfinanzministerium](#) • [Deutschland](#) • [Wirecard](#) • [Bundesrechnungshof](#) • [BZSt](#)

### MEHR ZUM THEMA

